

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erhebt sich mit Annahme der Sonntags- und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis des Jahrganges monatlich 4.50 M., durch unsere Vertreter gegenbar in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 6.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbelegungen sind unter Anführung des Wilsdruffer Adresses zu richten. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 M. für die 6-spaltige Kopfzeile oder deren Raum, 1/2 M. für die 2-spaltige Kopfzeile 2.50 M. Bei Wiederholung und Lagerauftrag nachträglich. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur bei Verleumdung die 2-spaltige Kopfzeile 3 M., Nachmittags-Beleg 50 Pfg. Anzeigenpreise sind vom 1. Oktober 1921 ab. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übersehen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis ist in M. angegeben, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Raten zahl.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Fichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Fichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 222.

Donnerstag den 22. September 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Der nachstehende I. Nachtrag zum Ortsgesetz der Stadt Wilsdruff über die Wahlen von Stadtverordneten vom 21. Dezember 1918 wird hiermit veröffentlicht. Wilsdruff, am 20. September 1921. Der Stadtrat.

I. Nachtrag

zum Ortsgesetz der Stadt Wilsdruff über die Wahlen von Stadtverordneten vom 21. Dezember 1918.

1.

Abchnitt A erhält folgende Fassung:

Die Wahlen der Stadtverordneten haben an einem Sonntage stattzufinden und sind im November des letzten der Wahlperiode angehörenden Jahres vorzunehmen.

2.

Abchnitt C erhält folgende Fassung:

Die Stadtverordneten werden in allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahl nach dem Grundsatze der Verhältniswahl auf die Dauer von 3 Kalenderjahren gewählt. Nach Ablauf dieser Frist sind sämtliche Stadtverordneten durch Neuwahl zu ersetzen. Die Ausscheidenden können sofort wieder gewählt werden.

3.

Alle übrigen Bestimmungen des Ortsgesetzes vom 21. Dezember 1918 bleiben bestehen. Dieser Nachtrag tritt mit seiner Bekanntmachung in Kraft.

Wilsdruff, am 25. August 1921.

Der Stadtrat.

J. W. Wehner.

2409 II G

Genehmigt.

Dresden, am 13. September 1921.

(L. S.)

Die Stadtverordneten.
Oberlehrer Kantor Diengsch,
1. Vorsitzender.

Ministerium des Innern.
Für den Minister
gez. Dr. Streitt.

Auf Blatt 16 des hiesigen Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft in Firma **J. W. Krippenstapel** betr., ist heute eingetragen worden, daß der Gesellschafter **Wilhelm Paul Krippenstapel** durch Tod ausgeschieden und an seine Stelle dessen Witwe, **Lina Elisabeth verm. Krippenstapel geb. Müller** in **Wilsdruff**, als persönlich haftende Gesellschafterin in das Handelsregister eingetragen ist.

A Reg 167/21

Amtsgericht Wilsdruff, am 17. September 1921.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Nach halbamtlichen Veröffentlichungen begannen sich die englische und deutsche Regierung in ihrer Auffassung über die Möglichkeit der baldigen Aushebung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein.

* Herr v. Kahr lehnt in einem Schreiben an den Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei die abermalige Übernahme der Ministerpräsidentenschaft ab.

* Aus dem Göttinger sozialdemokratischen Parteitag trat Scheidemann für ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung ein, ebenso andere ausschlaggebende Redner.

* Eine belgische Quelle will wissen, daß die Beratungen in der Obersächsischen Frage auf gutem Wege sind und daß man eine Entscheidung noch vor Beendigung der Vollziehung des Bülberbundes erwarten kann.

* In Paris ist ein angeblicher Geheimvertrag zwischen Lloyd George und Clemenceau über die Verteilung der deutschen Zahlungen veröffentlicht worden.

* Die Pariser Besprechungen zwischen Polen und Litauen zur Bildung einer Union sind gescheitert.

Praktische Politik.

Von einem kleiner bestimmten Parteiführer dienen den bürgerlichen Politikern der Mitte wird uns geschrieben: Die Vorgänge auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Göttingen brauchen nicht überhastet zu werden. Ihr Hauptmerkmal, die Abwendung von theoretisierenden Strömungen, ist nicht das Ergebnis plötzlicher, unberechenbarer Entschlüsse, es ist vielmehr von einer langen Entwicklung hervorgebracht worden, die bis in den Anfang der Revolution zurückgeht, ja bis in die Kriegszeit, überhaupt bis zu dem Augenblick, in dem die Sozialdemokraten aus einer Partei der reinen Opposition zur Partei der praktischen Mitarbeit am Staat wurden. Insofern also brachte die Abkehr vom Schlagwort, die alle führenden Persönlichkeiten in der Partei forderten, keine Überraschung, sie war nur die formelle Befestigung einer lange bestehenden Tatsache, und es war eher erstaunlich, daß sie solange auf sich hatte warten lassen. Aber man darf das, was sich in Göttingen abspielte, auch nicht unterschätzen. Seine Bedeutung liegt in der Hauptsache auf dem Gebiet der praktischen Politik, und hier ist ein Ergebnis erzielt, an dessen Herbeiführung seit Wochen und Monaten Politiker verschiedener Parteien arbeiteten: Die Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten, sich an der Bildung einer breiten Grundlageliste für die Reichs- und Landesregierungen zu beteiligen.

Die Verbreiterung der Regierungsgrundlage im Reich war eigentlich nötig seit der Bildung des Kabinetts Wirth, denn es konnte kaum jemals ein Zweifel darüber sein, daß die Ausführung der Aufgaben, die sich der Reichskanzler gestellt hatte, vorausgesetzt, daß sie überhaupt möglich war, niemals von einem Kabinett vorgenommen werden konnte, das mit wechselnden Mehrheiten arbeiten mußte, weil die Parteien, auf die es sich stützte, nur eine Minderheit im Parlament darstellten. Alle Kreise, die den Wiederaufbau der inneren Verhältnisse des Staates und eine Verbrüderung der inner- und außenpolitischen Situation anstrebten, haben seit Monaten daran gearbeitet, die Regierungsgrundlage durch Heranziehung einer weiteren Partei zu verbreitern. Die Deutsche Volkspartei ließ wiederholt durch führende Persönlichkeiten darauf hinweisen, welche Gefahren für die Gestaltung der inneren Zustände zu befürchten seien, wenn man nicht die Parteienzerklüftung beseitige, wenn man die Scheidung des deutschen Volkes in einem nach links und einem nach rechts marschierenden Flügel zulasse. Kampfscheitende bei der Sozialdemokratie stimmten dem zu, andere verhielten sich bei dem Beschluß, den im vorigen Jahr ihr Parteitag in Kassel gefaßt hatte, keinesfalls ein Bündnis mit der Deutschen Volkspartei einzugehen.

Diese Lage wird nun allem Anschein nach überwunden werden können. Es wird möglich sein, weitere und

starke Kräfte an der Umgestaltung der Steuergesetzgebung und dem Neubau der wirtschaftlichen Verhältnisse teilnehmen zu lassen, nachdem die Sozialdemokratie in Göttingen, woran kaum noch zu zweifeln ist, das Zeichen dazu gegeben hat. Bald nach der Beendigung des Göttinger Parteitages, am 27. September, wird der Reichstag zusammentreten und man wird dann, noch vor der Beratung der großen Steuervorlagen, daran gehen können, die Regierung umzugestalten. Freilich werden bei den Verhandlungen über diese Frage noch manche Schwierigkeiten aufsteigen, denn die Sozialdemokraten haben eine Anzahl Bedingungen für die Zusammenarbeit aufgestellt und werden natürlich versuchen, eine recht weitberzige Auslegung dieser Bedingungen zu erreichen und möglichst viel Vorteile zu gewinnen. Aber es ist kaum anzunehmen, daß daran das Zustandekommen einer neuen, erweiterten Regierung scheitern wird. Und wie im Reich wird es nun auch in Preußen gehen, wo bisher die Lage nur insofern anders war, als hier die Sozialdemokraten außerhalb der Regierung standen und sich wohl an ihr beteiligen wollten, jedoch nur mit der Bedingung, nicht mit der Deutschen Volkspartei in Verbindung zu kommen.

Man wird auch nach dieser neuesten Entwicklung keinen Grund zu übermäßigem Optimismus hinsichtlich der gesamten Gestaltung der inneren und äußeren Verhältnisse Deutschlands haben. Die ungeheuren Reparationsverpflichtungen, die das Kabinett Wirth übernommen hat, werden auch weiter schwer auf Deutschland lasten. Aber eine leichte Besserung wird doch insofern zu erwarten sein, als der Kreis der Parteien, die unter Ausschaltung der Gegenläufer zu praktischer Arbeit bereit sind, sich vermehrt hat, und das will bei der allgemeinen Spaltung und Zerfahrenheit, in der sich das deutsche Volk befindet, immerhin etwas heißen.

Die Wirtschaftsanktionen am Rhein.

Der gute Wille Deutschlands.

In englischen Regierungskreisen scheint nach einer Neutauereifassung mit Sicherheit angenommen zu werden, daß die deutsche Regierung die Entscheidung des Obersten Rates, wonach eine Organisation eingerichtet werden soll, um die Gewährung von Einfuhrzögen durch Deutschland zu beobachten, lokal anzunehmen beabsichtigt. Aber die genaue Auslegung dieser Entscheidung sind die Meinungen ziemlich weit auseinandergegangen. Es ist indessen zu hoffen, daß die ganze Frage binnen kurzem geklärt sein wird, und daß die wirtschaftlichen Sanktionen demzufolge aufgehoben werden. Die einzige noch anstehende Frage betrifft den Punkt, ob die interalliierte Organisation die Eigenschaft eines Beobachters haben soll, um über die Erteilung von Lizenzen zu wachen und über jede unbillige unterschiedliche Behandlung an die alliierten Regierungen zum Zwecke einer notwendig werdenden Aktion zu berichten, oder ob sie eine Körperschaft sein soll, die bevollmächtigt ist, gegen die Gewährung von Lizenzen ihr Einspruchsrecht einzulegen. Britische Kreise sind für die erstgenannte Auffassung. Zu diesem Stimmungsbericht wird in einer halbamtlichen deutschen Erklärung bemerkt:

Diese Neutauereifassung bestätigt das, was bisher über den deutschen Standpunkt in dieser Angelegenheit bekannt geworden ist. Die deutsche Regierung ist bereit, eine Kommission mitzubilden und anzuerkennen, der es obliegen soll, die sogenannten Diskriminationen zu prüfen, d. h. darüber zu wachen, daß kein Land gegenüber einem anderen in der Handhabung der Einfuhrregelung benachteiligt wird. Sie wendet sich jedoch — und dieser Standpunkt wird nach dieser Neutauereifassung von der englischen Regierung geteilt — gegen jede Erweiterung der Befugnisse der Kommission, in der ein Eingriff in die deutsche Wirtschaftshoheit erblickt werden müßte.

In England ist die Öffentlichkeit durchaus nicht mit der ungerechtfertigten Beibehaltung der wirtschaftlichen

Sanktionen einverstanden. So wendet sich der „Manchester Guardian“ hart gegen die Beibehaltung der Sanktionen, die von Frankreich gegen Englands Willen ausgesprochen werden, und führt aus: Die Beibehaltung der Sanktionen sei ein Bruch eines vom Obersten Rat gegebenen formellen Versprechens und außerdem ständen die Sicherheiten, die die Sanktionen verlangen, in keinem Verhältnis zu den Kosten, die sie verursachen. Vor allem aber wäre es viel leichter gewesen, sich mit Deutschland zu einigen.

Herr v. Kahr lehnt endgültig ab.

Kandidat für die Ministerpräsidentenschaft Herr v. Stügl. Die Entwicklung der bayerischen Angelegenheiten ist nunmehr soweit vorgeschritten, daß eine neuerliche Annäherung des früheren Ministerpräsidenten v. Kahr nicht mehr in Frage kommt. Dr. v. Kahr hat ein Schreiben an den Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei, der er angehört, gerichtet, in dem es heißt:

Die Bayerische Volkspartei hat mich gebeten, mich umherzuwenden für die bevorstehende Kabinetsbildung als Ministerpräsidenten dem Landtage zu stellen. Für diesen Ausdruck des Vertrauens danke ich bestens. Unverzüglich habe ich an den Grundrath der Bayerischen Volkspartei geschrieben. Als neugewählter Ministerpräsident wäre ich wieder in der Zwangslage, mich auf den Boden des Beschlusses des Ständigen Landtagsauschusses vom 11. laufenden Monats, der mich zum Rücktritt bestimmt hat, zu stellen. Ich könnte dies auch heute mit meiner grundsätzlichen Auffassung über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten nicht vereinbaren. Aus diesem Grunde sehe ich mich leider nicht in der Lage, das Anerbieten der Bayerischen Volkspartei anzunehmen.

Neben anderen Namen für die Nachfolgerschaft wird nunmehr in erster Linie der Staatssekretär im Reichspostamt, Stügl, genannt, der ebenfalls der Bayerischen Volkspartei angehört. Stügl war vor seiner Übernahme in den Reichsdienst Oberpostdirektor in Landshut und als Oberregierungsrat Leiter der Personalabteilung des bayerischen Verkehrsministeriums.

Die Weismannschen Enthaltungen.

Wie man neuerdings aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat die bayerische Regierung keine offizielle Anfrage wegen der Amtshandlungen des Staatskommissars Weismann in Bayern an das preussische Kabinett gerichtet. Die preussische Regierung hat sich vielmehr aus eigenem Entschluß mit der Angelegenheit befaßt. Sie hat außerdem das ihr vorliegende Material über die in Bayern getroffenen Feststellungen dem Münchener Kabinett amtlich übermittelt. Im übrigen werden die Verhandlungen zwischen Berlin und München an dauernd weitergeführt, und man hofft nach dem jetzigen Stand der Dinge, besonders unter Berücksichtigung des ausdrücklichen Versichts Kahrs auf eine Wiederwahl, baldigst eine Verständigung herbeigeführt zu sehen.

Beurteilung eines bayerischen Abgeordneten.

Vor dem Volksgericht München fand die Verhandlung gegen den Abgeordneten Fischer (München) von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei statt, der sich wegen Hochverrats zu verantworten hatte. Es handelt sich um die von Fischer in München am 8. September gehaltene Versammlungssprache zugunsten einer selbständigen nordbayerischen Republik. Das Urteil lautete „wegen öffentlicher Aufforderung zum Hochverrat“ auf ein Jahr drei Monate Festungshaft unter Anrechnung einer Woche der Untersuchungshaft. Die Beurteilung ist eine Folgewirkung des zurzeit noch in Bayern bestehenden Ausnahmezustandes.

Clemenceaus Geheimvertrag.

„Verhängnisvoll und verbrecherisch.“ Der Pariser „Matin“ veröffentlicht den Text eines Geheimvertrages, der im Dezember 1919 zwischen Clemenceau und Lloyd George abgeschlossen worden sein soll